aus: Wir hätten eine geringere Dienstzeit als unsere Nachbarn im Osten und Westen. Da könnten wir kein Disziplinierungsmittel aus der Hand geben. Nebenzweck der Bestimmung sei außerdem Schutz der militärischen Vorgesetzten gegen Ausschreitungen nach den Kontrollversammlungen. Die ganze Bestimmung gehöre in das Reichsmilitärgesetz, dessen § 38 die gegenwärtige Unterstellung der Mannschaften für den ganzen Tag der Kontrollversammlung unter die Militärgesetze festlege. Um vom ersten Mobilmachungstage ab mehrere Millionen Menschen festzusammenzuhalten, dazu sei eiserne Disziplin nötig. In ihr sollten die Leute dadurch befestigt werden, daß sie gründlich an den Tagen militärischer Einberufung unter den Militärgesetzen fänden und sich ihrem heilsamen Zwange unterworfen fühlten. Trotz der Versicherung, daß die Annahme eines der drei Anträge den Gesetzentwurf gefährden werde, nahm die Kommission in erster und später auch in zweiter Lesung den ersten Antrag an. Ein noch zuletzt eingebrachter Vermittelungsantrag, wonach nur Vergehen gegen Personen, die auf der Kontrollversammlung Vorgesetzte und durch ihre Uniform nachher noch als solche kenntlich waren, militärgerichtlich geahndet werden sollten, wurde abgelehnt. Kommissionsmehrheit und Militärverwaltung blieben bei ihren gegenteiligen Auffassungen. Der Kriegsminister versprach zwar, in Erwägung zu ziehen, ob sich der Kreis der Vorgesetzten der an einer Kontrollversammlung teilnehmenden Mannschaften einschränken lasse, aber nachträglich ist bekannt geworden, daß die hierin vermutete Zusage einer Entfernung der Gendarmen aus dem Vorgesetztenkreise nicht zutrifft. Mit dem guten Rat der Militärverwaltung, nicht jetzt am Militärstrafgesetz zu ändern, sondern entsprechende Initiativanträge zum Reichsmilitärgesetz einzubringen, wollten sich die Kommissionsmitglieder nicht auf eine spätere Zeit vertrösten lassen. So kommt nun der Gesetzentwurf mit dem Konfliktstoff ins Plenum. Wird keine Verständigung mehr erzielt und die Aussicht ist recht gering, so scheitert auch die erhebliche Milderung der übrigen Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches, über die Einigkeit zwischen Regierung und Reichstag herrscht. Das wäre überaus beklagenswert. Es ist deshalb wohl anzunehmen, daß die Entscheidung über die ganze Angelegenheit nicht noch in diesen letzten Sitzungstagen gefällt, sondern dem kommenden Herbst vorbehalten wird.

Politische Tagesschau.

Aue, 15. Mai.

Ein Kompromißvorschlag zur Besoldungsnovelle.

* Die endgültige Entscheidung über die Besoldungsreform ist immer noch nicht gefallen. Es wird hinter den parlamentarischen Kulissen eben eifrig über ein Kompromiß verhandelt, das dahin geht, die Regierung solle bis zum 1. April 1915 eine Vorlage einbringen, die den gehobenen Unterbeamten die Aufbesserung bringt, die der Reichstag wünscht, die Reichsregierung aber aus finanziellen Gründen jetzt nicht erfüllen zu können meint. Die Gehaltsaufbesserung würde dann am 1. April 1916 in Kraft treten. Konservative, Nationalliberale und Fortschrittler haben diesem Vorschlage bereits zugestimmt, dagegen verhalten sich Zentrum und Sozialdemokraten vorläufig noch ablehnend. Von den Sozialdemokraten ist ja nun kaum zu erwarten, daß sie ihre Alles- oder Nichtspolitik aufgeben. Dagegen darf man immer noch Hoffnung hegen, daß das Zentrum sich doch noch zu einer Haltung verstehen wird, die den ungewöhnlichen Schwierigkeiten der Lage Rechnung trägt. Kommt aber wirklich ein Beschluß des Reichstages zustande, so dürfte auch die Reichsregierung den vom Reichstag in Bezug auf die gehobenen Unterbeamten geäußerten Wünschen sicherlich nähertreten, wenn auch bindende Verpflichtungen vom Reichsschatzamt schon mit Rücksicht auf den Bundesrat nicht abgegeben werden können. Kommt aber kein Kompromiß zustande, das der Mehrheit im Reichstage sicher ist, so ist das Scheitern der Besoldungsreform unvermeidlich.

Pesos (105 000 ℳ) sich zu retten suchte. Bei der internationalen Brücke schob er ihn wieder zurück und verwies die 50 000 Pesos seiner amerikanischen Bank. Vor dem Siege Maderos hatte sich Villa durch seine Grausamkeit, seine Habgier und seine Feigheit bekannt gemacht. Pascual Orozco hätte beinahe Villas wegen Maderos Sache verlassen. Aber bei seinem Geistesverwandten Madero war Villa lieb Kind. Als die Aufständischen Chihuahua besetzten, machte Villa ein Engros-Geschäft mit gestohlenem Rindvieh auf. Er verbrachte die Ausbeute gegen hohe Kontos bei seiner amerikanischen Bank nach den Vereinigten Staaten. Politisch hatte er in Chihuahuaer die Schreckensnachricht, ihr Bürgermeister, der frühere Fuhrwerksbesitzer Nor Abraham, habe den General Villa zum Befehlshaber seiner Leibwache ernannt. Die Ernennung Villas war für Orozco das Signal zum Abfall von Madero. Villa suchte sich Orozco zu nähern und bot ihm seine Hilfe gegen Madero an; aber Orozco dachte denn doch zu anständig. Villa wandte sich jetzt gegen Varral. Er brandschatzte die Reichen und erleichterte die Bergbank, den Banco Minero um 400 000 ℳ, die er wieder seinem amerikanischen Konto gutschrieb. Zum Unglück für Villa rückte damals gerade der jetzige Präsident Huerta als General Maderos mit seiner Division gegen Orozco vor. Er sollte sich mit Villa verbinden. Aber ein ehrlicher Soldat wie Huerta konnte mit einem Banditen wie Villa nicht gemeinsame Sache machen. Es regnete auch geradezu von Beschwerden gegen den Banditen. Huerta ließ ihn festnehmen. Vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt, stand er schon der Hinrichtungsabteilung gegenüber, als ein schleuniger Befehl Maderos ihn rettete. Er fiel Huerta zu Füßen, küßte seine Hände und erbat seine Begnadigung. Aber die Empörung über seine Schandtaten war zu groß. Man machte ihm neuerdings den Prozeß, und er wäre sicher nochmals zum Tode verurteilt worden, wenn ihm nicht Madero nach dem Zeugnis seines Geheimschreibers Juan Sanchez zur Flucht verholfen hätte. Das Gittertor, durch das Villa das Gefängnis verlassen hatte, trug eines Tages ein Brett mit der Inschrift: Das rettende Brett. Brett heißt spanisch madero. Den Flüchtling Villa nahmen die Vereinigten Staaten unter ihren Schutz. (!)

Politischer Idealismus.

* Schon im vorigen Jahre fand bekanntlich in Genf in den Pfingsttagen eine Zusammenkunft deutscher und französischer Parlamentarier statt, die einer deutsch-französischen Annäherung gewidmet war. Sie wurde anfangs namentlich von unserer linksstehenden Presse mit nicht geringen Hoffnungen begrüßt, als ein erster Schritt auf dem steinigen Pfade einer allgemeinen deutsch-französischen Verständigung. Die Ernüchterung trat dann freilich sehr rasch ein und in Genf repräsentierten vorwiegend Genossen das deutsche Parlament. Daß diese gerade nicht die rechten Leute wären, um über eine ehrliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu verhandeln, das bedarf wohl keines Beweises. Eine deutsch-französische Verständigung im Sinne der Sozialdemokraten würde immer zum Schaden Deutschlands ausfallen. Es kam denn auch in Genf nicht viel heraus, aber um wenigstens etwas zu tun, setzte man zwei parlamentarische Ausschüsse ein, einen deutschen und einen französischen, die nun zu Pfingsten in Basel beraten. Den Vorsitz in dem deutschen Ausschuß führt Genosse Haase, Geschäftsführer ist der Fortschrittler Haußmann. Unter den 22 Mitglieder sind im übrigen die verschiedensten Richtungen vertreten; es fehlt nur die Rechte. Von nationalliberalen Parlamentariern gehört Abgeordneter Dr. Bollert dem Ausschuß an, vom Zentrum und vom Fortschritt je sechs, von den Sozialdemokraten sieben Herren; und schließlich sind ihm noch zwei Elsässer, Dr. Ricklin und Dr. Haeggy, beigestellt. Was diese beiden Herren, namentlich Wetterlés Freund Dr. Haeggy, in dem Ausschuß bezwecken, ist ja nicht sehr schwer zu erraten. Der politische Idealismus, der die Herren vom Zentrum und der bürgerlichen Linken in den Ausschuß geführt hat, ist Dr. Haeggy sicher fremd. Und man kann sich eines gewissen Bedauerns nicht enthalten, daß sich hier dieser alteingewurzelte politische Idealismus den deutschen Zielen zuwendet, die, wie eben die Teilnahme der Französlinge und der Genossen zeigt, in der Praxis zurzeit nur mit einer Schädigung deutschen Ansehens erkauft werden können.

Asquith in der Klemme.

* Homerule läßt sich doch nicht so glatt im Unterhause erledigen, wie Asquith und die Seinen gehofft hatten. Zwar der unionistischen Opposition würde das Kabinett ja mit seiner Mehrheit von 90—100 Stimmen unschwer Meister. Aber die Unionisten erhielten am Dienstag unerwartet Hilfe von ihren erbittertsten Gegnern, den irischen Nationalisten. Sie erklärten sich entschieden gegen den Versuch Asquiths, Ulster den Anschluß an Homerule wenigstens vorläufig zu ersparen, indem man ein Amendement zur Homerulebill beschloß, durch das in Ulster für sechs Jahre die Bill keine Geltung haben sollte. Mit 320 gegen 217 Stimmen fiel denn auch Asquiths Vorschlag zur großen Genugtuung der Opposition, die anscheinend den Schatzkanzler Lloyd-George derart ärgerte, daß er der Opposition vorwarf, den Bürgerkrieg zu provozieren. Darum gab es einen gewaltigen Lärm bei den Unionisten, man rief Lloyd-George die Worte: Feigling, Schändlicher zu. Jedenfalls wird es der Regierung nicht leicht fallen, den Riß, der sich zwischen ihr und den Iren aufgetan hat, wieder zu verkleistern und das Schicksal von Homerule ist heute wieder recht ungewiß geworden.

Von Stadt und Land.

* **Gedenktage am 15. Mai:** 1525 Niederlage der Bauern unter Thomas Münzer bei Frankenhausen. 1815 Vierte Teilung Polens, wobei Preußen Posen und Westpreußen erhält.

Aue, 15. Mai.

Nachdruck der Lokalnotizen, die durch ein Korrespondenzzeichen kenntlich gemacht sind ist — auch im Auszuge — nur mit genauer Quellenangabe gestattet

* **Ueber die gestrige Sitzung der Stadtverordneten zu Aue** — die Hauptberatungspunkte bildeten der Brückenbau und die Schankwirtsordnung (Polizeistunde und Bedürfnisfrage) befindet sich ein ausführlicher Bericht auf der vierten Seite der Beilage dieser Ausgabe des Auer Tageblattes, worauf Interessenten auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht seien.

+ **Alldeutscher Verband, Ortsgruppe Aue i. Erzgeb.** Mittwoch, den 13. Mai, fand im Stadtkeller die diesjährige Hauptversammlung der Ortsgruppe Aue des Alldeutschen Verbandes statt, leider verspätet wegen Wegzugs bez. Todes von Vorstandsmitgliedern. Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsitzende, Herr Prof. Wunderlich, dem verstorbenen Schatzmeister der Ortsgruppe, Herrn Kassenvorsteher Anton Richter, einen Nachruf, worin er dessen Treue dem Vereine gegenüber rühmte. Die Anwesenden erhoben sich ihm zu Ehren von den Plätzen. Auch Herrn Postdirektor Reuther in Oschatz dankte der Vorsitzende für die treuen Dienste, die er der Ortsgruppe geleistet hat. Darauf wurde der Jahres- und Kassenbericht erstattet und Entlastung erteilt. Die Mitgliederzahl beträgt 40. Vorsitzender bleibt Prof. Wunderlich. Ueber die rege Tätigkeit des Gesamtvereins, seine Stellungnahme zu den Tagesfragen, Fall Zabern usw. wurde berichtet. Im neuen Vereinsjahr soll wieder ein größerer Vortrag gehalten werden.

* **Obererzgebirgische Eisenbahnwünsche.** Die zweite Deputation der Ersten Kammer beantragte zu den Petitionen der städtischen Kollegien zu Reichenbach und Eibenstock sowie der Gemeinderäte zu Bärenwalde und Genossen, des Stadtgemeinderates zu Johanngeorgenstadt nebst Anschlußpetition des Sächsischen Verkehrsverbandes Vorort Leipzig und des Gemeinderats zu Steinbach um Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Reichenbach ob. Bhf. nach Eibenstock mit Fortsetzung über Johanngeorgenstadt nach der Landesgrenze: Die Kammer wolle in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer beschließen: die Petitionen um Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Reichenbach i. V. nach Eibenstock und Johanngeorgenstadt mit Fortsetzung nach der Landesgrenze der Königl. Staatsregierung im Hinblick auf eine zu erstrebende Eisenbahnlinie vom Erzgebirge nach dem Vogtlande als Material zu überweisen. — Dagegen beantragte die Deputation zu den Petitionen der Stadträte zu Schneeberg und Neustädtel sowie der Gemeinderäte zu Griesbach, Lindenau, Oberschlema, Niederschlema, Lichtenau, Hundshübel, Oberpfirsenbach, Unterpfirsenbach, Wernesgrün, Rodewisch und Jschorlau wegen Erbauung einer Eisenbahn von Schneeberg-Neustädtel nach Rodewisch beziehentlich Eich oder Mierbach mit Anschluß nach Plauen: Die Kammer wolle abweichend von der Zweiten Kammer beschließen: die Petitionen um Erbauung einer Eisenbahn von Schneeberg über Rodewisch nach Eich zum Anschluß nach Plauen auf sich beruhen zu lassen.

Lauter, 15. Mai.

Vom Schulvorstand. Der hiesige Schulvorstand wählte an Stelle des Herrn Kaufmanns Emil Schneider, der die Annahme einer Wiederwahl abgelehnt hatte, Herrn Gemeindevorstand Herrmann zum Vorsitzenden und Herrn Oberförster Tittmann zum stellvertretenden Vorsitzenden. Gemeindeältester und Kaufmann Emil Schneider hat dieses Amt 14 Jahre lang verwaltet.

Generalversammlung des Erzgebirgsvereins. Der hiesige Erzgebirgsverein hielt dieser Tage seine diesjährige Hauptversammlung ab. Dem vom Oberlehrer Heber erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1913 von 168 auf 188 (161 in Lauter, 23 in Neuwelt, 4 in anderen Orten) gestiegen ist. Zur Vorbereitung der im Jahre 1914 zu veranstaltenden Wanderungen wurde ein Wanderausschuß gewählt. Der Gesamtvorstand setzt sich nach den Neuwahlen für 1914 zusammen aus den Herren: Gemeindevorstand Herrmann erster und Gemeindeältester und Kaufmann Emil Schneider zweiter Vorsitzender, Kaufmann Max Stark, Kassierer, Fabrikbesitzer Barsch, stellvertretender Kassierer, Prokurist Nebeling, Schriftführer, Fabrikbesitzer Schmidt, stellv. Schriftführer, Privatier Jungnickel, Fabrikbesitzer Gustav Reinwarth, Lehrer Zimmermann und Privatier Gustav Kurz Wegemeister. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Herr Oberstabsarzt a. D. Reinhard einen Vortrag über Land und Leute im Elsaß.

Grünhain, 15. Mai.

Staatliche Beihilfe. Das Ministerium des Innern hat der hiesigen städtischen Klöppelschule auf Ansuchen des Klöppelschulausschusses und auf Befürwortung der Amtshauptmannschaft eine Beihilfe von 1150 Mark auf 1914 verwilligt.

Familienabend. Der Ortsausschuß für Jugendpflege wird am Himmelfahrtsfest mit dem Turnverein gemeinsam einen Familienabend im Ratskeller veranstalten, bei dem turnerische, gesangliche und deklamatorische Aufführungen geboten werden sollen. Außerdem wird Herr Pastor Kirche aus Dresden einen Vortrag über die Kirchenaustrittsbewegung halten.

Stimmen aus dem Publikum.

Diese Rubrik dient zum freien Meinungsaustausch unserer Leser. Die Redaktion übernimmt dafür nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Nochmals die Petition des Herrn Willisch.

Nachdem Herr Willisch-Oberschlema den Mut gefunden hat, seine Petition im Erzgebirgischen Volksfreund zu veröffentlichen, ist der Einwohnerschaft Aues die vom Auer Tageblatt bereits gekennzeichnete grundlose und verletzende Gehässigkeit in ihrem vollen Zusammenhange klar vor Augen geführt worden. Die über dem Petitionsabdruck stehende Erklärung des genannten Herrn muß man vollständig übergehen. Sie sagt gar nichts. Was Herr Willisch feststellt, ist Aue sehr gleichgültig. Den Einwohnern Aues sind ihre eigenen Feststellungen aus der freundlichst wörtlich bekannt gegebenen Petition einzig und allein maßgebend. Und was sie da feststellen, das läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Es ist nicht notwendig, daß wir's hier sagen, die kernigen und an Deutlichkeit nichts übrig lassenden Benennungen der Petition und des Petenten kann Herr Willisch in diesen Tagen oft genug allüberall in Aues Mauern hören. Seine Erklärung hakt im übrigen ein an eine Personenverwechslung, die den Verfassern der Entgegnung der Auer Mitglieder des Bezirksausschusses unterlaufen ist. Die dritte Person, gleichviel wie sie heißt, spielt aber gar keine Rolle und hat mit des Pudels Kern nichts zu tun. Daß Herr Willisch sich erdreistet, diese Verwechslung Verdrehung der Tatsachen zu nennen, ist nicht zu verwundern, er mußte ja schließlich seinem Tone treu bleiben. Wenn auch meines Wissens der Rat der Stadt nicht in der Lage ist, wegen der Beleidigungen der Stadt Aue gegen Herrn Willisch vorzugehen — denn Stadtgemeinden können meines Wissens Beleidigungsklagen nicht anstrengen — so verstehe ich eins nicht, und zwar: daß der Rat sich von dem Erzgebirgischen Volksfreund in Schneeberg, der doch Herrn Willisch nicht etwa abschlitteln kann, sondern mit Recht als Familienunternehmen des Genannten angesprochen werden muß, als Amtsblatt noch immerfort bedienen läßt, wo andererseits die Bewohnerschaft in ihrer Gesamtheit sich von dem Blatte abgewendet hat. Die Bürgerschaft darf verlangen, daß nach den ihr gewordenen Schmähungen sie nicht länger veranlaßt wird, die Bekanntmachungen des Rats in einem Blatte zu suchen, das an sich schon von ihr nicht allgemein gelesen wird und das ferner mit einem Schmähpetenten in engsten Beziehungen steht.

D. L.

Letzte Telegramme und Fernsprechmeldungen.

Schicksal der Besoldungsnovelle.

* **Berlin,** 15. Mai. Die gestern fortgesetzten Verhandlungen über ein Kompromiß in der Frage der Besoldungsnovelle haben zu keinem Resultat geführt, sodaß das Schicksal der Vorlage ganz von der Abstimmung im Plenum abhängt, und diese wird allem Anschein nach gegen die Regierung ausfallen. Man kann annehmen, daß Zentrum, Sozialdemokraten, Polen, Elsässer und voraussichtlich auch einige Freisinnige und Nationalliberale an den Beschlüssen der zweiten Lesung, denen die Regierung ihre Zustimmung versagt hat, festhalten werden.

Beleidigungsklage des Kriegsministers gegen die Schwäbische Tagwacht und März.

* **Stuttgart,** 15. Mai. Der preußische Kriegsminister v. Falkenhayn erhob die Beleidigungsklage gegen die sozialdemokratische Schwäbische Tagwacht und die Zeitschrift März, aus der die Tagwacht einen Artikel von

SLUB
Wir führen Wissen.